

17. Wahlperiode

Antrag

auf Annahme einer EntschlieÙung

der Fraktion Die Linke

Betreuungsgeld verhindern und frühkindliche Bildung stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Das Abgeordnetenhaus von Berlin begrüÙt das gemeinsame Ziel von Bund, Ländern und Kommunen, ab dem 1. August 2013 jedem unter dreijährigen Kind einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte oder –tagespflege zu garantieren.
2. Das Abgeordnetenhaus ist der Auffassung, dass eine gute Betreuungsinfrastruktur notwendig ist, damit Familien eine echte Wahlfreiheit bei ihrer Lebensgestaltung haben. Ein quantitativ ausreichendes und qualitativ gutes Angebot an frühkindlicher Bildung und Betreuung fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und verbessert die Chancengleichheit für alle Kinder.
3. Das Abgeordnetenhaus nimmt zur Kenntnis, dass sich der bis 2013 angestrebte Kita- und Tagespflege-Ausbau in einigen Bundesländern verzögert und fordert daher den Bund auf, sich stärker für den Ausbau einzusetzen.
4. Das Abgeordnetenhaus bittet den Berliner Senat deshalb, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Bund von der Einführung des Betreuungsgeldes absieht und stattdessen die dafür veranschlagten Mittel für den Ausbau von Kita- und Tagespflegeplätzen sowie für die dauerhafte Finanzierung des Angebots bereitstellt. Dabei soll denjenigen Bundesländern, die den angestrebten Betreuungsumfang schon bereitstellen, die Möglichkeit gewährt werden, die Bundesmittel auch für die qualitative Verbesserung der frühkindlichen Bildung einsetzen zu können.

5. Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekennt sich zu einer modernen Familienpolitik, die partnerschaftliche Erziehungsarbeit fördert und vertritt die Auffassung, dass das geplante Betreuungsgeld längst überkommene Rollenzuschreibungen zwischen Frauen und Männern im Familienleben verfestigen wird.
6. Das Abgeordnetenhaus von Berlin lehnt das Betreuungsgeld auch ab, weil damit Anreize geboten werden, die die Rückkehr von Frauen ins Berufsleben verzögern oder verhindern.

Berlin, den 13. Juni 2012

U. Wolf Katrin Möller
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke